



Neue Zürcher Zeitung, 23. Oktober 2009

## Individuelle Freiheit als zentraler Wert des Liberalismus

*Der Liberalismus sei nicht antietatistisch, schrieb Bundesrat Pascal Couchepin in diesen Spalten. Die Sorge um funktionierende staatliche Institutionen sei umgekehrt die wichtigste Aufgabe einer liberalen Partei. Als Reaktion eine Besinnung auf die liberalen Grundwerte der Selbstverantwortung und der Privatautonomie.*

**Von Pierre Bessard**

Pascal Couchepin hat am Ende seiner Amtszeit als Bundesrat noch einmal sein eigenes liberales Staatsverständnis schnörkellos formuliert und damit eine Debatte eröffnet, die für den Liberalismus in der Schweiz offen geführt werden muss (vgl. NZZ vom 16. Oktober 2009). Es ist kein Geheimnis, dass zahlreiche Politiker, die sich selbst dem liberalen Lager zurechnen, dem Programm „Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat“ seit je wenig Sympathie entgegenbringen, weil sie das Ziel verfolgen, den Staat nicht nur zu stärken, sondern ihm innen- und aussenpolitisch und vor allem auch in der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik eine aktivere und führende Rolle zu übertragen, was unweigerlich auch ein Wachstum der Staatsausgaben und des Staatsapparats mit sich bringt. Staat und Politik nehmen aus dieser Sicht eine Vorrangstellung ein. Die Freisinnigen haben die Schweiz seit 1848 als „ihren Staat“ betrachtet und nach dem Zweiten Weltkrieg zu wenig realisiert, wie stark sich dieser Staat in eine Richtung entwickelt hatte, die alles andere als liberal, sondern in ihrem Kern sozialdemokratisch geprägt ist.

Wenn die Politik und die Institutionen Vorrang haben, hat die Regierung generell für wirtschaftliche Prosperität, sozialen Ausgleich, Gerechtigkeit und technisch-zivilisatorischen und kulturellen Fortschritt zu sorgen. Im Zentrum steht die Aufgabe, das Volk in jene Richtung zu führen, die von den massgebenden und wissenschaftlich gut beratenen Funktionären als „die richtige“ bezeichnet wird. Selbstverständlich gibt es in einer pluralistischen Gesellschaft und in einem heterogenen Mehrparteienstaat auch für Etatisten Widersprüche und Widerstände, die man am besten schrittweise durch immer wieder neue politische Kompromisse löst, bzw. auf die lange Bank schiebt. Wenn daraus immer mehr Staat resultiert, wird dies in Kauf genommen, weil ja dieser Staat „das Gute“ will und prinzipiell im Dienst einer kontinuierlichen „Wohlfahrtsvermehrung“ wirkt und weil das Staatswachstum als unaufhaltsame Begleiterscheinung des Zivilisationsprozesses und der internationalen Solidarität gesehen wird. Dass bei einer solchen Grundausrichtung, die auch mit sozialdemokratischem Gedankengut problemlos kompatibel ist, alle antietatistischen Reflexe als Fremdkörper empfunden werden, erstaunt nicht.

Die Frage muss aber erlaubt sein, ob mit diesem Staats-, Welt- und Menschenbild nicht die Grundidee des Liberalismus auf den Kopf gestellt wird. Wieviel Institutionalismus verträgt der Liberalismus? Pascal Couchepin stellt die staatlichen Institutionen in den Mittelpunkt seines politischen Bekenntnisses. Der zentrale Wert des Liberalismus ist aber die individuelle Freiheit. Um ein gedeihliches Miteinander zu ermöglichen, wird diese Freiheit durch die Eigentumsrechte jedes Einzelnen begrenzt.

Dass rechtsstaatliche Institutionen in diesem Zusammenhang unabdingbar sind, ist selbstverständlich und unbestritten. Die liberale Forderung nach weniger Staat ist auch nie als Programm der schrittweisen Abschaffung des Rechtsstaats konzipiert worden. Jedem Liberalen muss es aber zu denken geben, dass der Staat heute etwa die Hälfte der wirtschaftlichen Produktivität verschlingt und dass sich die Soziallastquote in den letzten 40 Jahren verdreifacht hat. Dies ist trotz solider bürgerlicher Mehrheiten in allen drei Gewalten ermöglicht worden, weil sich die konsequent liberalen Warner gegen die pragmatischen Staatsgläubigen auch im liberalen Lager nicht mehr durchsetzen konnten.

Schon Benjamin Constant hat davor gewarnt, den Staat als Religionsersatz und als oberste soziale und kulturelle Instanz zu missbrauchen, da dadurch der Willkür der Regierenden und der Tyrannei des Status quo Tür und Tor geöffnet werden. Benjamin Constants Befürchtungen sind durch die Forschungen der Public-Choice-Schule bestätigt worden. Die Funktionäre des Staatsapparats neigen dazu, ihre eigenen Interessen zu verfolgen, ihren Einfluss auszubauen und die Kosten auf die Steuerzahler abzuwälzen. Wo durch Zwang und verordnete Umverteilung im Namen der „Solidarität“ in Eigentumsrechte eingegriffen wird, schwindet auch die Eigenverantwortung der direkt Beteiligten und Betroffenen. Markt und Privatautonomie werden schrittweise durch Planwirtschaft ersetzt, wie wir das im Gesundheitswesen drastisch erlebt haben.

Die dringendste Aufgabe liberaler Politik sollte ein geordneter Rückzug aus dem Bevormundungs- Umverteilungs- und Hochbesteuerungsstaat sein und eine Wiederbelebung der Privatautonomie der Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt. Die liberale Machtskepsis steht am Ursprung jeder pluralistischen Gesellschaft, jeder innovativen und prosperierenden Wirtschaft, ja der Zivilisation als solcher. Dies zu erkennen, stellt keine Gefahr für die politischen Institutionen dar, sondern führt zu einem schlanken und begrenzten Staatsapparat, der seine Grundfunktionen wieder gewährleistet.

Es ist keinem liberalen Politiker zu verargen, wenn er unter dem Druck des Kollegialprinzips und angesichts einer mehrheitlich etatistischen Parteien- und Medienlandschaft nach zweit- und drittbesten Lösungen sucht und von liberalen Grundprinzipien abweicht. Nur darf man diesen etatistischen Pragmatismus nicht mit jenem Liberalismus verwechseln, dessen Ausgangspunkt die Skepsis gegenüber jeder Art von staatlicher Zwangs- und Machtausübung ist, auch jener die angeblich das Gemeinwohl fördert. Die Zukunft des politischen Liberalismus liegt nicht in einer Anpassung an die populäre Doktrin und Praxis des Bevormundungs- und Umverteilungsstaats, sondern in der Besinnung auf die liberalen Grundwerte der Selbstverantwortung, der Privatautonomie und der freiwilligen Kooperation in einer offenen Zivilgesellschaft.

*Pierre Bessard ist Direktor und Mitglied des Stiftungsrates des Liberalen Instituts.*